



Bundesministerium
des Innern

Verfassungsschutzbericht 2011



GRUNDGESETZ
für die Bundesrepublik Deutschland

Vorwort von Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB

Der Verfassungsschutzbericht des Jahres 2011 informiert über Art und Umfang verfassungsfeindlicher Entwicklungen in unserem Land sowie über Organisationen und Gruppierungen, die sich gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung richten.

Er erscheint zu einer Zeit, da die Vorgänge in Zusammenhang mit der Entdeckung und Aufklärung der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zu einer grundsätzlichen Diskussion über den Verfassungsschutz und die Erfüllung seiner Aufgaben geführt haben. Es gibt insoweit auch nichts zu beschönigen: Neben etlichen Erfolgen, auf die der Verfassungsschutz verweisen kann, ist es ein schmerzlicher Misserfolg, dass es nicht gelungen ist, die rechtsextremistische Motivation der Gewalttäter frühzeitig zu erkennen, um den Ermittlungsbehörden den richtigen Fahndungsansatz zu liefern.

Mögliche Fehler müssen aufgeklärt und ihre Ursachen beseitigt werden. Die Vorgänge im Zusammenhang mit der Mordserie des NSU haben verdeutlicht, dass es Reformbedarf bei den Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern gibt. Der notwendige Umbau des Verfassungsschutzes muss so schnell wie möglich, aber auch mit der gebotenen Gründlichkeit angegangen werden.

Denn ein moderner und leistungsfähiger Verfassungsschutz ist für unsere Gesellschaft und unseren demokratischen Rechtsstaat auch in Zukunft unverzichtbar. So konnte beispielsweise die islamistische Vereinigung „Millatu Ibrahim“ nur dank der erfolgreichen Arbeit des Verfassungsschutzes verboten werden.



Mit seinem Streben nach einer völlig anderen Gesellschaftsordnung und seinen häufig gewalttätigen Aktionen fordert der radikale Salafismus unseren Rechtsstaat heraus. Mit der konsequenten Anwendung aller rechtlichen Möglichkeiten wird der Staat diese Bewährungsprobe jedoch bestehen.

Weitere Erfolge des Verfassungsschutzes in Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden sind die Verhinderung von sieben Anschlagsvorbereitungen im Bereich des Islamistischen Terrorismus in den letzten zehn Jahren, neun unanfechtbare Verbote von rechtsextremistischen Organisationen seit 1992, acht Vereinsverbote islamistischer Organisationen seit 2001 und zahlreiche Verhaftungen und Verurteilungen aufgrund von Vorermittlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Bereich des Ausländerextremismus. Aber auch im Bereich der Spionageabwehr und der Beobachtung sonstiger Aktivitäten fremder Nachrichtendienste leistet der Verfassungsschutz hervorragende Arbeit. Beispielhaft führe ich hier die Einschätzung der Gefährdungslage durch Cyberspionage und die erfolgreiche Verhinderung von Proliferation an.

Was mir Sorge bereitet ist, dass wir insgesamt eine sich ausbreitende Radikalisierung und einen Anstieg der Gewalttaten zu verzeichnen haben. Während die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten gegenüber dem Vorjahr mit 755 Fällen nahezu konstant geblieben ist, stiegen die linksextremistisch motivierten Gewalttaten im Jahr 2011 um 20% auf insgesamt 1.157 an. Fast alle Gewalttaten im linksextremistischen Spektrum gehen auf die autonome Szene zurück.

Gerade der Kampf von linksextremistischen und rechtsextremistischen Gruppen untereinander ist durch erhebliche gewalttätige Auseinandersetzungen geprägt. Bei solchen Aktionen zwischen Extremisten sind auch die Polizisten vor Ort erheblichen Gefahren ausgesetzt. Sie sehen sich aggressiven Angriffen ausgesetzt und werden bei ihren Einsätzen oftmals Opfer schwerer körperlicher Gewalt. Die Zahl der gegen Polizei und Sicherheitsbehörden gerichteten Gewalttaten ist im Jahr 2011 mit insgesamt 700 Fällen gegenüber 455 Fällen im Vorjahr signifikant angestiegen.

VORWORT BUNDESINNENMINISTER FRIEDRICH

Der vorliegende Bericht zeigt einmal mehr auf, welche Bedeutung die Arbeit des Verfassungsschutzes für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat. Unser Land kann auf einen modernisierten und effektiven Verfassungsschutz als einen wesentlichen Eckpfeiler im System der deutschen Sicherheitsarchitektur auch in Zukunft nicht verzichten.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hans-Peter Friedrich', written in a cursive style.

Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB
Bundesminister des Innern

II. Gewaltbereitschaft in der rechtsextremistischen Szene

1. Personenpotenzial

Das Personenpotenzial der gewaltbereiten Rechtsextremisten hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht und liegt nunmehr bei rund 9.800 Personen (2010: 9.500).

Die Mehrzahl von ihnen gehört dem subkulturell geprägten rechtsextremistischen Skinhead-, „National Socialist Hatecore“ (NSHC)- und „National Socialist Black-Metal“ (NSBM)-Spektrum an. Angehörige der neonazistischen Szene (vgl. Nr. 3.2) und des rechtsextremistischen Parteienspektrums (vgl. Kap. III) sind dabei berücksichtigt, sofern sie als Gewalttäter bekannt sind, sich deutlich für die Anwendung von Gewalt aussprechen oder eine hohe Gewaltbereitschaft, etwa bei Demonstrationen, zeigen.

2. Formen der Gewaltbereitschaft

2.1 Rechtsterrorismus/„Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)

„Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)

Im November 2011 wurde die Existenz der rechtsterroristischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bekannt. Gegen die Mitglieder und Unterstützer der Gruppierung führt der Generalbundesanwalt (GBA) ein Ermittlungsverfahren wegen Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129a StGB.

Nach bisherigen Erkenntnissen bildeten den Kern des NSU die drei Rechtsextremisten Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe. Im Zeitraum von 2000 bis 2006 verübten zumindest die beiden Männer insgesamt neun Morde an Kleingewerbetreibenden mit Migrationshintergrund im gesamten Bundesgebiet („Ceska-Mordserie“) und einen Mord bzw. Mordversuch an zwei Polizeibeamten in Heilbronn (Baden-Württemberg) im April 2007. Darüber hinaus werden die Mitglieder des NSU verdächtigt, zumindest für zwei Bombenanschläge 2001 und 2004 in Köln (Nordrhein-Westfalen) verantwortlich zu sein. Überdies werden

dem NSU neben diesen Taten mindestens 14 Banküberfälle sowie ein Überfall auf einen Lebensmitteldiscounter zur Last gelegt.

Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe waren seit den 1990er Jahren überwiegend in der thüringischen rechtsextremistischen Szene aktiv. Sie betätigten sich im „Thüringer Heimatschutz“ (THS), einem Zusammenschluss neonazistischer Kameradschaften, dem seinerzeit rund 120 Personen angehörten. Bönnhardt war 1997 zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt worden, nachdem er im Jahr zuvor einen Puppentorso mit einer Bombenattrappe und dem Schild „Jude“ an einer Autobahnbrücke befestigt hatte. Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe standen zudem im Verdacht, Bombenattrappen an eine Zeitungsredaktion, eine Polizeidirektion und die Stadtverwaltung in Jena (Thüringen) verschickt zu haben. 1998 setzten sich die drei im Zuge von Durchsuchungsmaßnahmen der Polizei, bei denen vier funktionsfähige Rohrbomben und 1,4 kg Sprengstoff sichergestellt wurden, ab und entzogen sich den gegen sie ergangenen Haftbefehlen durch Flucht.³ Den Sicherheitsbehörden gelang es in den folgenden Jahren nicht, den Aufenthalt des Trios festzustellen oder ihm die Mordserie zuzuordnen. Erst im Zusammenhang mit einem Banküberfall in Eisenach (Thüringen) im November 2011, in dessen Nachgang sich Bönnhardt und Mundlos gegenseitig bzw. selbst erschossen, gelangten die Rechtsextremisten wieder in den Blick der Öffentlichkeit bzw. der Sicherheitsbehörden. Zschäpe, die mutmaßlich die Wohnung der NSU-Mitglieder in Zwickau (Sachsen) zur Explosion gebracht hatte, stellte sich mehrere Tage nach dem Tod der beiden der Polizei.

Auf DVDs, die sowohl in der zerstörten Wohnung der NSU-Mitglieder aufgefunden als auch im Verlauf des November 2011 an mehrere Empfänger im Bundesgebiet versandt wurden, bekannte sich der NSU erstmals öffentlich zu den von seinen Mitgliedern begangenen Straftaten. Die DVDs enthalten Bilder von der Mordserie sowie den Bombenanschlägen. Durch die Videos läuft die Comicfigur Paulchen Panther, gezeigt wird eine Art Motto des NSU: „Taten statt Worte“.

DVD mit NSU-Propagandafilm



³ Nach der Verurteilung Bönnhardts im Oktober 1997 wurde bis zum Zeitpunkt der Durchsuchungen im Januar 1998 die Haft nicht angetreten.

**Reaktionen
der rechtsextremis-
tischen Szene**

Innerhalb der rechtsextremistischen Szene stießen die Gewaltverbrechen des NSU nach ihrem Bekanntwerden im November 2011 weitgehend auf Ablehnung. Dies entspricht einer in allen extremistischen Phänomenbereichen häufigen Reaktion auf terroristische Aktionen des eigenen Lagers: Der „bewaffnete Kampf“ wird, außer in Zeiten eines revolutionären Umsturzes, nur von einer Minderheit – einer (selbsternannten) Avantgarde – geführt; Terrorismus stößt bei einer Mehrheit meist auf Ablehnung oder zumindest auf Vorbehalte. Die Distanzierungen sind jedoch unterschiedlich motiviert und zuweilen von taktischen Überlegungen geprägt. Dies gilt auch im Fall des NSU. So bemängelten Kommentatoren aus dem Neonazispektrum die unzureichende Vermittelbarkeit der Taten, die auf dem fehlenden Symbolgehalt der Mordopfer beruhe:

„Ich sehe keinen militärischen geschweige denn politischen Zweck, wenn ein paar isolierte Spinner jahrelang in der Weltgeschichte herum turnen und die klägliche Existenz von kleinen Lichtern beenden. Wie willst Du dies dem Volk vermitteln? Einer der Knackpunkte welcher auf eine Inzinierung der Geheimdienste hinweist.“
(„Thiazi-Forum“, 3. Dezember 2011)

In derartigen Statements wird die Ablehnung der Taten aus taktischen Gründen mit verschwörungsideologischen Ausführungen verknüpft. Ein anderes Argumentationsmotiv der rechtsextremistischen Szene lautet, die Morde des NSU seien als logische Folge der gesellschaftlichen Entwicklung anzusehen. „Nationalisten“ hätten aufgrund der Politik des „Systems“ und staatlicher Repression keine anderen Artikulationsmöglichkeiten mehr als Gewalttaten.

Die rechtsextremistischen Parteien reagierten auf die Taten des NSU mit deutlicher Ablehnung. Damit war vor allem bei der NPD im Hinblick auf die Ende 2011 erneut eingesetzte Diskussion über ein Verbot die Absicht verbunden, eine Verbindung zwischen den Mitgliedern des NSU und ihren Unterstützern einerseits und der Partei andererseits zu negieren (vgl. Kap. III, Nr. 1).

Der neue NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel sowie andere Funktionsträger der NPD behaupteten in einer Reihe von Kommentaren, die neuerlichen Forderungen der Politik nach einem

Verbot dienten nur dazu, die vermeintlichen Verstrickungen des Verfassungsschutzes in den NSU-Komplex in den Hintergrund treten zu lassen.

In der neonazistischen und subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene gibt es indes auch durchaus Zeichen der Zustimmung bzw. der unterschweligen Freude über die Mordtaten.

Bereits kurz nach der Tat wurden in der Szene T-Shirts mit dem Aufdruck „Killerdöner nach Thüringer Art“ angeboten. Zudem wurde die in den Videos des NSU benutzte Comicfigur Paulchen Panther auf Internetplattformen des rechtsextremistischen Spektrums gezielt als Symbol genutzt. Auf der Website der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) war der rosarote Panther beispielsweise einige Tage zusammen mit dem Slogan „Zwickau Rulez“ zu sehen. Auf verschiedenen rechtsextremistischen Konzerten wurden Parolen der Zustimmung zum NSU skandiert.

In einem Kommentar im neonazistischen „Thiazi-Forum“ werden die Taten des NSU gar als „Selbstopferung“ für eine gute Sache heroisiert:

„Der typische Döner-Verkäufer um die Ecke stellt sich wie ein Fußsoldat des türkischen Staates dar und auch als Einfallstor für weiteren Nachzug. (...) Böhnhardt und Mundlos mögen aus Sicht der Türkei feige Mord-Terroristen sein, aus der Sicht nationalistischer Weltanschauung haben sie sich für ein freies Deutschland geopfert.“
(„Thiazi-Forum“, 29. November 2011)

Entstehung und Existenz des NSU sind – aus heutiger Sicht und unter Berücksichtigung des derzeitigen Erkenntnisstandes – im Kontext der Entwicklung des Rechtsextremismus in den 1990er Jahren zu werten. In dieser Zeit ist der Rechtsextremismus jünger, aktionistischer und militanter geworden, ein Befund, der bis in die Gegenwart trägt. Die Zahl der Gewalttaten stieg hierbei rapide an. Brandanschläge wie der in Solingen oder die Ausschreitungen eines fremdenfeindlichen Mobs in Rostock-Lichtenhagen stehen beispielhaft für eine Serie rassistisch motivierter, gewaltsamer Übergriffe.

Bewertung

Zugleich kursierten im rechtsextremistischen Spektrum Texte, die zum bewaffneten Kampf aufrufen. Verbreitet und diskutiert wurden beispielsweise der von William Pierce (unter Pseudonym) in den „Turner Diaries“ propagierte Rassenkrieg und das von Louis Beam entworfene Konzept des „leaderless resistance“, welches autonome terroristische Aktionen voneinander unabhängiger Zellen vorsieht. In Schriften des neonazistischen Netzwerks „Blood & Honour“ (in Deutschland im Jahr 2000 durch den Bundesminister des Innern verboten) wurden diese Ideen aufgenommen bzw. ähnliche Überlegungen angestellt und weiterverbreitet.

Unabhängig davon, ob die Mitglieder des NSU derartige Strategiepapiere bei ihren Taten als konkrete Handlungsleitlinien verwendeten, erscheint ihre Prägung durch derartige Schriften und das oben beschriebene Milieu des gewaltbereiten Rechtsextremismus der 1990er Jahre aufgrund ihres Vorlaufs naheliegend. In jedem Fall ist die radikale Fremdenfeindlichkeit der Szene als ideologische Basis der Terrorzelle anzusehen. So rechtfertigte auch der NSU seine Morde mit dem „Erhalt der deutschen Nation“. Ausgehend von einer Ideologie der Ungleichheit und einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit erfahren Personen „undeutscher Herkunft“ eine Abwertung und Entmenschlichung. Dies ist der Nährboden für fremdenfeindliche Gewalt.

Terrorismus – der mittels schwerer Straftaten an Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen geführte „bewaffnete Kampf“ für politische Ziele – kann auch als Kommunikationsstrategie verstanden werden. Er zielt einerseits darauf, Unsicherheit, Angst und Schrecken zu verbreiten. Andererseits sollen Sympathie und Unterstützung im eigenen Lager erzeugt werden. Hierzu verfassten die Mitglieder des NSU entsprechende Tatbekennungen, die aber aus bislang unbekanntem Gründen erst Ende 2011 öffentlich verbreitet wurden. Die Taten des NSU sind als solche geeignet, diese doppelte Kommunikationswirkung zu entfalten. Sie erzeugen Unsicherheit und Angst bei Migranten und können in der rechtsextremistischen Szene mit – teilweise allerdings unausgesprochener – Sympathie rechnen.

Da Fremdenfeindlichkeit ein wesentliches Grundelement des Rechtsextremismus ist, sind Nachahmungstaten denkbar. Der unvermittelte Angriff auf Menschen, die dem Feindbild der rechtsextremistischen Szene entsprechen, könnte von potenziellen

Nachahmern als Strategie nach der vom NSU verwandten These „Taten statt Worte“ verstanden werden. Eine unmittelbare Übernahme dieser Vorgehensweise ist allerdings nicht die einzige künftig zu beachtende Möglichkeit rechtsterroristischer Aktivitäten. Die „Wiederentdeckung“ von Konzepten der Vergangenheit (z.B. „leaderless resistance“) ist ebenso vorstellbar wie eine Beeinflussung durch Vorgehensweisen von Terroristen anderer Phänomenbereiche. Dort wie hier erhöht sich infolge der vielfältigen Möglichkeiten internetbasierter Kommunikation die Gefahr von Gewalttaten durch selbstradikalisierte Einzeltäter oder Kleinstgruppen.

2.2 Gewaltpotenzial

Jenseits herausragender rechtsterroristischer Einzeltaten wird rechtsextremistische Gewalt weiterhin überwiegend spontan verübt. Häufig erfolgen solche Taten aus einer Situation heraus, in der Rechtsextremisten – einzeln oder in kleinen Gruppen – auf Personen treffen, die dem typischen rechtsextremistischen Feindbild entsprechen. Im Verlauf rechtsextremistischer Demonstrationen bilden Gewalttaten meist die Ausnahme. Das Aggressionspotenzial entlädt sich vielmehr in Straftaten, die während der An- und Abreise begangen werden.

Bei Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der rechts- und linksextremistischen Szene ist je nach Stärke, Organisationsgrad und Aggressionspotenzial vereinzelt auch ein Übergang von spontanen zu geplanten Aktionen zu verzeichnen – insbesondere, wenn sich das gegenseitige Aggressionspotenzial aufgrund verbaler Attacken und „Outing-Aktionen“ aufgeschaukelt hat.

Ein Umfeld, in dem Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in einem endzeitlichen Duktus formuliert werden, schafft den geistigen Nährboden für Gewalttaten bis hin zu terroristischen Aktionen.

Die Affinität von Rechtsextremisten zu Waffen und Sprengstoff bildet darüber hinaus ein latentes Gefährdungspotenzial.

**Affinität der Szene
zu Waffen und
Sprengstoff**

3. Rechtsextremistische Strukturen mit überwiegender Gewaltbereitschaft

3.1 Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Abnehmende Bedeutung der subkulturell geprägten Rechtsextremisten

Die gewaltbereiten subkulturell geprägten Rechtsextremisten definieren sich hauptsächlich über szenetypische Musik und den damit – zumindest über einen längeren Zeitraum – verbundenen Lebensstil. Diese Szene unterliegt bereits seit Jahren einem Wandel. Insbesondere die Skinhead-Subkultur verliert zunehmend ihre Anziehungskraft auf Jugendliche.

Die in den 1990er Jahren die gewaltbereite Szene maßgeblich prägende Skinhead-Subkultur hat offensichtlich an Attraktivität eingebüßt. Die mit ihr konkurrierenden rechtsextremistischen Subkulturen, wie die NS-Hatecore- oder die NS-Black-Metal-Szene (vgl. Kap. IV, Nr. 2), sowie die aktionsorientierten neonazistischen „Autonomen Nationalisten“ (vgl. Nr. 3.2) üben eine höhere Anziehungskraft auf Jugendliche, die für rechtsextremistische Einstellungsmuster empfänglich sind, aus. Auch diesen Teilbereichen der Szene ist weiterhin eine ausgeprägte Gewaltbereitschaft immanent. Die häufig durch die szenetypische Musik vermittelten Feindbilder und Ideologiefragmente bilden die Grundlage für die meist aus der Situation heraus – z.T. unter Alkoholeinfluss – begangenen Straftaten.

Personenpotenzial

Bereits seit Jahren verlieren die subkulturell geprägten Rechtsextremisten Anhänger, auch 2011 war die Zahl weiter rückläufig und liegt nunmehr bei 7.600 (2010: 8.300) Personen. Der Szene gehören regionale Cliques sowie auch rechtsextremistische Musikgruppen und deren Umfeld an. Hierbei handelt es sich um Personen, die einschlägige Publikationen herausgeben, Homepages betreiben, Konzerte organisieren oder entsprechende Musik vertreiben.

Angehörige der rechtsextremistischen Subkulturen verfügen nicht über ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild, sondern werden von einzelnen rechtsextremistischen Einstellungen und Argumentationsmustern beeinflusst und geprägt. Aktivitäten mit Erlebnischarakter stehen für sie im Vordergrund, etwa der Besuch entsprechender Musikveranstaltungen oder die Teilnahme an Demonstrationen, nicht jedoch Ideologiediskussionen und dauerhafte politische Agitation.

Seit dem Verbot der „Blood & Honour“-Organisation (vgl. Verfassungsschutz und Demokratie, Kap. VI) im Jahr 2000 spielen szeneeinterne Organisationen für subkulturell geprägte Rechtsextremisten wie auch für die rechtsextremistische Szene im Übrigen nur noch eine geringe Rolle. Dies gilt auch für die einzige verbliebene bundesweit aktive Skinhead-Organisation, die deutsche Sektion der „Hammerskins“. Kontakte zwischen Szeneangehörigen werden sowohl überregional als auch international insbesondere bei Konzerten oder sonstigen rechtsextremistischen Veranstaltungen, über Internetforen sowie soziale Netzwerke geknüpft. Szeneangehörige, die als Bandmitglieder oder im Musikvertrieb aktiv sind, nutzen darüber hinaus häufig ein auf persönlichen Kontakten beruhendes informelles Netzwerk.

Aufgrund des Wandels der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene und der rückläufigen Bedeutung der Skinhead-Subkultur ist die Zugehörigkeit zur Szene nur noch selten am äußeren Erscheinungsbild zu erkennen. Das „klassische Skinhead-Outfit“ gilt als veraltet und spielt – zumindest bei einem Teil der Szeneangehörigen – lediglich bei szeneeinternen Veranstaltungen noch eine Rolle. Bei Demonstrationen ist das Tragen der entsprechenden Bekleidung ohnehin meist durch Auflagen der Versammlungsbehörden untersagt. Ein Großteil der Szeneangehörigen verzichtet zudem auf dieses Outfit, weil es ein eindeutiges Erkennungsmerkmal für den politischen Gegner bietet und oftmals auch gesellschaftliche Stigmatisierung nach sich zieht. Inzwischen werden Kleidungsstücke oder Marken bevorzugt, die sich an allgemeinen Trends der Jugendmode orientieren und die Zugehörigkeit zur Szene nicht durch entsprechende Schriftzüge oder Symbole offen signalisieren.

Obwohl die meisten subkulturell geprägten gewaltbereiten Rechtsextremisten nur ein geringes Interesse an langfristiger, zielgerichteter politischer Betätigung haben, nehmen sie aufgrund des Eventcharakters und der Möglichkeit, mit anderen Szeneangehörigen in Kontakt zu treten, häufig an Veranstaltungen der neonazistischen Szene, der NPD sowie sonstiger rechtsextremistischer Organisationen teil. Sie lassen sich für Demonstrationen mobilisieren und sind zudem ein Rekrutierungsfeld für die NPD und neonazistische Kameradschaften.

Szene-Outfit

Verhältnis zur neonazistischen Szene und zur NPD

**Weiterhin erhöhtes
Gewaltpotenzial der
subkulturellen Szene**

In der Nacht vom 9. auf den 10. April 2011 griff eine Gruppe von subkulturell geprägten Rechtsextremisten, die auf einem Gartengrundstück in Winterbach (Baden-Württemberg) zu einer Geburtstagsfeier zusammengekommen waren, nach zunächst verbalen Auseinandersetzungen eine Gruppe von neun jungen Männern mit Migrationshintergrund an, die auf dem Nachbargrundstück ein Grillfest veranstalteten. Die Flüchtenden wurden von den Rechtsextremisten gejagt und teilweise schwer verletzt. Einige hatten sich aus Angst vor den Angreifern in einer Holzhütte verbarrikadiert, die von den Rechtsextremisten schließlich angezündet wurde. Insgesamt 14 Tatverdächtige wurden u.a. wegen versuchten Totschlags und schwerer Brandstiftung angeklagt.⁴

3.2 Neonazistische Strukturen

Ideologie Grundlage und feste Bezugsgröße des neonazistischen Spektrums ist der historische Nationalsozialismus mit den prägenden Ideologieelementen des Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Antipluralismus. Neonazis streben einen ethnisch homogenen, diktatorischen Staat an. Rechte des Einzelnen, Meinungsvielfalt und Pluralismus haben in der von ihnen angestrebten „Volksgemeinschaft“, die Menschen „fremder“ Kulturen ausschließt und in der sich das Individuum dem vorgegebenen Gesamtwillen unterzuordnen hat, keinen Bestand. Historische Tatsachen werden in revisionistischer Weise bis hin zur Holocaustleugnung umgedeutet. Ethnische Vielfalt und pluralistische Gesellschaft bedrohen aus Sicht der Neonazis die Existenz des eigenen Volkes. Der demokratische Rechtsstaat in seiner Gesamtheit wird als „Besatzerregime“ abgelehnt.

Trotz gemeinsamer ideologischer Grundelemente ist die neonazistische Szene nicht homogen, die Ideologieelemente innerhalb der Personenzusammenschlüsse sind unterschiedlich ausgeprägt. Insbesondere bei jüngeren Neonazis prägen antiamerikanische,

⁴ Zwei der Angeklagten wurden am 26. März 2012 vom Landgericht Stuttgart (Baden-Württemberg) wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung in neun Fällen zu Freiheitsstrafen von jeweils zwei Jahren und fünf Monaten verurteilt. Der ursprünglich gegen sie erhobene Tatvorwurf der versuchten Tötung und schweren Brandstiftung ließ sich bei diesen beiden Angeklagten nicht beweisen. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig. Auch stehen die Urteile gegen die übrigen zwölf Tatverdächtigen noch aus.

antikapitalistische und antiimperialistische Einstellungen das jeweilige Weltbild.

Das Spektrum reicht von Gruppen mit einem subkulturellen Einschlag über eine zunehmende Zahl von Gruppierungen, die für ideologische Varianten des Nationalsozialismus und die Übernahme neuer Verhaltensweisen aufgeschlossen sind, bis hin zu Aktivisten und Gruppen, die weiterhin eine Wiederherstellung des historischen Nationalsozialismus anstreben.

Das neonazistische Personenpotenzial ist 2011 erneut angestiegen. Insgesamt gehören nunmehr rund 6.000 Personen (2010: 5.600) der Szene an. Gerade die erhöhte Aktionsorientiertheit der neonazistischen Szene wirkt insbesondere auf junge Szeneangehörige anziehend. Auch erlebnisorientierte Rechtsextremisten, die zuvor überwiegend über die subkulturelle Szene, insbesondere die Musik, Zugang zur rechtsextremistischen Szene gefunden haben, werden nunmehr von aktionsorientierten, informellen neonazistischen Gruppierungen angesprochen.

Sowohl bei den Führungsaktivisten als auch den Anhängern neonazistischer Gruppierungen handelt es sich überwiegend um männliche Jugendliche und Erwachsene. Frauen spielen – wahrscheinlich auch aufgrund des vom Nationalsozialismus geprägten reaktionären Frauenbildes – eine untergeordnete Rolle. Nur rund vier Prozent der Führungsaktivisten sind weiblich. Lediglich die mit Verfügung des Bundesministers des Innern vom 30. August 2011 verbotene „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) bildete hier eine Ausnahme: Sowohl bei der Vorsitzenden als auch bei ihrer ersten Stellvertreterin handelte es sich um Frauen.

Der Trend zu einem Abbau der Strukturen in der neonazistischen Szene setzt sich weiter fort. Es existieren überwiegend regionale Gruppierungen, von denen mehr als die Hälfte äußerst strukturarme Zusammenschlüsse sind. Auf Organisationsstrukturen wird verzichtet, um Vereinsverbote zu erschweren und um möglichst wenige Ansatzpunkte für strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der Gruppierungen zu bieten. Zudem erfordern die geringe Größe der Gruppen, die räumliche Nähe und der persönliche Kontakt der Aktivisten nur einen gering ausgeprägten Organisationsgrad.

Erneute Zunahme des Personenpotenzials und dessen Ursache

Geringe Organisationsstruktur

Vernetzung Ein Teil der neonazistischen Gruppierungen ist in überregionale Aktionsbündnisse eingebunden, die in der Regel von Führungsaktivisten regionaler Gruppen gebildet werden. Sie üben eine koordinierende Funktion aus. Der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationsmedien in Bezug auf gruppeninterne wie gruppenübergreifende Aktivitäten, Aktionsformen und Mobilisierungen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Allerdings können die virtuellen Vernetzungsmöglichkeiten das Gemeinschaftsgefühl und die Gruppenzugehörigkeit, welche die neonazistische Ideologie prägen, nur ergänzen, jedoch nicht ersetzen.

Aktivitäten und thematische Schwerpunkte Für Angehörige der neonazistischen Szene spielt die politische Betätigung sowohl innerhalb der Gruppe als auch in der Außendarstellung eine wichtige Rolle. Die Mehrzahl der Gruppen führt regelmäßige Treffen durch, bei denen z.B. politische Schulungen erfolgen oder gemeinsame politische Aktivitäten vorbereitet werden. Bei internen Treffen haben Schulungen und Themen mit einem positiven Bezug zum historischen Nationalsozialismus weiterhin eine große Bedeutung, während entsprechende Inhalte nach außen wesentlich verhaltener formuliert werden.

Neonazistische Gruppierungen treten überwiegend durch ihre Internetpräsenzen, die sowohl zur Selbstdarstellung als auch als Kommunikationsplattform dienen, mit Demonstrationen sowie mit Propagandaaktionen in Erscheinung. Kundgebungen finden etwa an Jahrestagen der Bombardierungen deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg statt oder greifen aktuelle politische Themen auf wie die Finanz- und Eurokrise und ihre Auswirkungen, die Integration von Migranten, Auslandseinsätze der Bundeswehr oder die Bestrafung von Sexualstraftätern. Neonazis gerieren sich bei derartigen Veranstaltungen als Sachwalter der Interessen der Bevölkerung. Sie verbreiten zudem antisemitische Verschwörungstheorien und rechtsextremistische Feindbilder.

„Autonome Nationalisten“ Innerhalb des neonazistischen Spektrums üben die „Autonomen Nationalisten“ wegen ihrer Aktionsorientiertheit und erhöhten Gewaltbereitschaft eine besondere Anziehungskraft auf junge Rechtsextremisten aus. Im Vergleich zu den übrigen Teilen dieses Spektrums bilden hier gerade öffentlichkeitswirksame Aktionen – wie die Teilnahme an Demonstrationen – ein Hauptbetätigungsfeld in der politischen Agitation.

Die „Autonomen Nationalisten“ nahmen auch im Jahr 2011 eine herausragende Stellung innerhalb der neonazistischen Szene ein. Die Bedeutung der Strömung für das neonazistische Spektrum basiert auf der von ihr ausgehenden Innovation. Derzeit werden etwa 15% des neonazistischen Personenpotenzials – 2010 waren es noch etwa 20% – aufgrund des Schwerpunkts ihrer Aktivitäten den „Autonomen Nationalisten“ zugerechnet. Allerdings verschwimmen die Grenzen zwischen „Autonomen Nationalisten“ und der übrigen neonazistischen Szene zunehmend: Beide Spektren propagieren mittlerweile antikapitalistische, globalisierungsfeindliche und rassistische Ideologieelemente auf eine nahezu gleiche Art und Weise. Durch die Übernahme von Aktionsformen ist eine klare Differenzierung nur noch schwer möglich.

Bedeutung und weitere Entwicklung

Bevorzugte Propagandamethoden der „Autonomen Nationalisten“ wie Spontandemonstrationen, Sprüh- und Schnipselaktionen (massenweise Verbreitung kleiner Papierschnipsel mit Informationen und Parolen), sowie die Selbstdarstellung in Videos wurden inzwischen von weiten Teilen der neonazistischen Szene übernommen. Unabhängig davon fanden – nach dem Vorbild des zum 1. Mai 2011 in Bautzen (Sachsen) durchgeführten Fackelmarsches – im Jahr 2011 etwa 15 unangemeldete, meist intensiv und konspirativ vorbereitete, nächtliche Aufzüge mit bis zu 300 weiß maskierten Teilnehmern statt, die ebenso wie eine Vielzahl weiterer ähnlicher Aktionen im Nachgang im Internet als Aktionsform „Die Unsterblichen“ dokumentiert werden (vgl. Kap. I, Nr. 4).

Neue Aktionsformen



Seit einigen Jahren versuchen Rechtsextremisten ihre gesellschaftliche Akzeptanz durch die Mitwirkung in regionalen Öko-Projekten zu erhöhen. Sie versuchen durch aktive Mitarbeit in Vereinen, Erziehungseinrichtungen und anderen Gruppen gezielt ihre rassistische Ideologie zu verbreiten. Insbesondere sind Bemühungen im Sinne einer „rechtsextremistischen Siedlungsbewegung“ zu verzeichnen. Familien siedeln sich in ländlichen Räumen an, um eine vorgeblich naturorientierte und ökologische Lebensweise zu führen. Ihr vordergründig ökologisches Engagement ist dabei in eine rechtsextremistische, biologistische und menschenverachtende Ideologie eingebettet. Bestandteil dieser völkisch geprägten Lebensführung ist neben der möglichst autarken Selbstversorgung die Praktizierung germanischer und neuheidnischer Rituale.

Gewaltbereitschaft Die neonazistische Szene ist durch eine grundsätzliche Bereitschaft zur Gewaltausübung gekennzeichnet, um damit ihre politischen Ziele durchzusetzen. Sie basiert auf der ideologischen Orientierung am historischen Nationalsozialismus, der Affinität zu Waffen und dem Militarismus. Vor allem bei internen Treffen oder in der vermeintlichen Anonymität des Internets kommt es zu gewaltbefürwortenden Äußerungen. Darüber hinaus begingen Angehörige der neonazistischen Szene politisch motivierte Gewalttaten, die zumeist entweder fremdenfeindlich motiviert waren oder sich gegen politische Gegner richteten.

Rechts-Links-Auseinandersetzungen Die Zahl der registrierten rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten im Jahr 2011 war rückläufig. Es besteht aber dennoch weiterhin ein hohes Aggressionspotenzial, wenn Rechts- und Linksextremisten aufeinandertreffen. In Teilen der neonazistischen Szene ist die Hemmschwelle für körperliche Gewalt oder den Einsatz gemeingefährlicher Mittel gesunken.

Überwiegend erfolgen Auseinandersetzungen zwischen der rechts- und linksextremistischen Szene in Form gegenseitiger verbaler Attacken, „Outing-Aktionen“, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen. Vereinzelt werden auch Brandstiftungen an Fahrzeugen von Szeneangehörigen sowie an Szeneobjekten festgestellt.

Im Verlauf rechtsextremistischer Demonstrationen sind nur vereinzelt Gewalttaten durch Rechtsextremisten zu verzeichnen. Die konsequente Trennung von Demonstranten und Gegendemonstranten im Rahmen der polizeilichen Einsätze sowie die meist deutlich höhere Zahl der Gegendemonstranten halten Rechtsextremisten von gewalttätigen Aktionen ab. Straftaten werden vielmehr bei der An- und Abreise zu Veranstaltungen bzw. im Zusammenhang mit Spontandemonstrationen verübt.

Gewalttätige Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner Am 19. Februar 2011 begingen im Umfeld rechtsextremistischer Veranstaltungen anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dresden (Sachsen) im Zweiten Weltkrieg etwa 150 Personen aus der neonazistischen Szene einen Überfall auf das dortige alternative Wohnprojekt „Praxis“. Sie griffen das Objekt mit Steinen und Fahnenstangen an. Die gegen die Neonazis eingeleiteten Ermittlungen wegen besonders schweren Landfriedensbruchs dauern noch an.

Die Bereitschaft zu Übergriffen von Rechtsextremisten gegen Angehörige und Einrichtungen von Parteien ist weiterhin hoch. Insbesondere Parteibüros oder Wohnhäuser von Mitgliedern der Partei „DIE LINKE.“ sind Ziel von Sachbeschädigungen oder Farbschmierereien mit rechtsextremistischen Parolen. In einzelnen Fällen wurden Personen bedroht oder beleidigt.

Übergriffe auf Einrichtungen und Mitglieder von Parteien

Der weitaus größte Teil der Neonazi-Szene kooperiert mit der NPD oder unterstützt diese regelmäßig. Aufgrund ideologischer Gemeinsamkeiten mit der NPD und meist auch persönlicher Kontakte findet eine Zusammenarbeit, z.B. im Rahmen von Wahlkämpfen, statt. Angehörige des neonazistischen Spektrums fühlen sich aufgrund von aus der Neonaziszene stammenden Führungsfunktionären zur Unterstützung der NPD verpflichtet und spekulieren zum Teil auch darauf, dass sie bei Wahlerfolgen der NPD persönlichen Nutzen daraus ziehen können.

Verhältnis der Neonazis zur NPD

Ein Teil des neonazistischen Spektrums steht der NPD aber weiterhin distanziert gegenüber, wirft ihr eine „weichgespülte“ Ideologie vor bzw. traut der Partei und ihren Funktionären aufgrund aktueller und vergangener Skandale nicht zu, dauerhafte politische Erfolge erzielen zu können. Zudem lehnen diese Neonazis die NPD als einen Bestandteil des verhassten demokratischen Systems konsequent ab. Hintergrund hierfür ist ein im Neonazispektrum gängiges Argument, wonach die Überwindung der derzeitigen politischen Ordnung nur durch außerparlamentarische Aktivitäten möglich sei.

Der Bundesminister des Innern hat mit Verfügung vom 30. August 2011 die neonazistische „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) verboten.⁵ In diesem Zusammenhang fanden 2011 Durchsuchungen bei insgesamt sieben Personen in vier Bundesländern statt. Dabei wurde neben Vereinsvermögen auch weiteres umfangreiches Beweismaterial sichergestellt. Dem Verbot der HNG war ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren gemäß § 4 Vereinsgesetz vorgegangen, in dessen Verlauf im September und Oktober 2010 Durchsuchungen in zehn Bundesländern erfolgt waren.

Verbot der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)

⁵ Die Verbotsverfügung ist noch nicht rechtskräftig, da gegen das Verbot noch eine Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht anhängig ist.

Aktivitäten des Vereins Die 1979 gegründete HNG war mit rund 600 Mitgliedern die größte bundesweit aktive neonazistische Organisation in Deutschland. Sie verstand sich als Betreuungsnetzwerk für inhaftierte rechtsextremistische Straf- und Gewalttäter und sah ihre Aufgabe vor allem in der Vermittlung von Kontakten zwischen Szeneangehörigen und Inhaftierten. Diese sollten während ihrer Haftzeit in ihrer Ideologie bestärkt werden, um sie nach Verbüßung der Strafe wieder in die Szene integrieren zu können. Die mit einer Auflage von rund 700 Exemplaren monatlich erscheinende Vereinspublikation „Nachrichten der HNG“ enthielt neben Berichten über szenerelevante Veranstaltungen und Vorkommnisse im In- und Ausland eine Liste mit Kontakt suchenden Inhaftierten sowie deren Leserbriefe.

Die HNG rief zum Kampf gegen die als „antideutsches Schweinesystem“ bezeichnete freiheitliche demokratische Grundordnung und zur Vergeltung für die Inhaftierung „politisch Verfolgter der Demokratie“ auf. Außerdem bekannte sie sich zu einem nationalistischen, rassistischen Weltbild und verherrlichte den nationalen Kampf sowie das nationalsozialistische Ideal der „Volksgemeinschaft“. Sie verfolgte ihre Aktivitäten aus verfestigten Strukturen heraus und in der Absicht, mittels nachhaltiger und planvoller Tätigkeit die verfassungsmäßige Ordnung fortlaufend und dauerhaft zu untergraben. Mit ihren Aktivitäten hintertrieb die HNG nicht nur die Resozialisierung der Inhaftierten, sondern förderte durch Propagieren des gewaltsamen „Widerstands“ gegen das als Unrecht empfundene „System“ auch die Bereitschaft zu neuen rechtsextremistischen Straftaten. Somit war im Ergebnis festzustellen, dass sich der Verein mit seinen Zielen, seinen Aktivitäten und deren Folgen in aktiv-kämpferischer, aggressiver Weise gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet hat.